

Ergebnispro**Protokoll der 4. Sitzung der Verbandsversammlung
des Zweckverbandes Planung und Erschließung „Neue Harth“
am 27.2.2001 in Zwenkau**

- Leitung:** Herr Ehme, Verbandsvorsitzender des Zweckverbandes „Neue Harth“
- Teilnehmer:** siehe Anwesenheitsliste
- Beschlussfähigkeit:** durch Anwesenheit von 6 stimmberechtigten Mitgliedern des Zweckverbandes gegeben

1. Protokollkontrolle der 3. Verbandsversammlung

Mit Schreiben vom 11. 01. 2001 wurde das Ergebnisprotokoll der 3. Verbandsversammlung vom 7. 12. 2000 an die Verbandsräte verschickt. Das Protokoll wurde bestätigt. Es ergibt sich lediglich eine redaktionelle Änderung: Im Protokoll der 3. Verbandsversammlung wurde in der Überschrift zu TOP 2 die Beschlussvorlage falsch wiedergegeben. Die Beschlussvorlage lautet nicht II / 001 / 2000 sondern III / 001 / 2000.

2. Haushaltsbeschluss (Beschlussvorlage: IV/001/2001)

In der 3. Verbandsversammlung am 7. 12. 2000 wurde der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2001 beschlossen. In der Zeit vom 13. 12. bis 21. 12. 2000 lag der Haushaltsentwurf an sieben Arbeitstagen sowohl in der Stadt Leipzig als auch in der Stadt Zwenkau aus. Es wurden keine Einwendungen erhoben.

Herr Clemen fragte, ob im Haushalt die KfW-Mittel berücksichtigt seien. Herr Dr. Lütke Daldrup wies in diesem Zusammenhang auf den städtebaulichen Vertrag zwischen dem Zweckverband und dem Event Park hin, der diese Möglichkeit nicht vorsieht. Eventuell ist eine entsprechende Anpassung des Haushaltes 2001 notwendig. In dem zur Abstimmung vorliegenden Haushaltsentwurf ist keine Kreditaufnahme vorgesehen. Sofern der Zweckverband als öffentlich-rechtliche Einrichtung eine Kreditaufnahme die der KfW tätigen will, wäre dies im Rahmen eines Nachtragshaushaltes möglich. Dies würde jedoch zu erheblichen Zeitverzögerungen des Familien- und Freizeitparks führen.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage VI / 001 / 2001: 6/0/0

3. Vereinbarung zwischen Zweckverband Planung und Erschließung „Neue Harth“ und der Stadt Markkleeberg (Beschlussvorlage: IV/002/2001)

Herr Ehme berichtete über den aktuellen Stand der Vereinbarung mit der Stadt Markkleeberg (wurde als Tischvorlage verteilt). Die Vereinbarung verfolgt das Ziel, die Rechtssicherheit im Bereich des Tagebaus Zwenkau wieder herzustellen. Die Präambel der Vereinbarung beschreibt den Sachverhalt der Lärmauswirkungen auf die betroffenen Wohngebiete der Stadt Markkleeberg und zeigt auf, welche Einflussmöglichkeiten die Stadt Markkleeberg auf das Bebauungsplanverfahren hat. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass das Regierungspräsidium Leipzig als die zuständige Genehmigungsbehörde auf die Einhaltung der im Raumordnungsverfahren erteilten Maßgaben achten wird. Das Schallgutachten, welches Bestandteil der Vereinbarung zwischen dem Zweckverband und der Stadt Markkleeberg sein wird, hat die Aufgabe, detaillierte Vorschläge für die textlichen Festsetzungen im Bebauungsplan zu unterbreiten.

Die Stadt Markkleeberg hat den Wunsch geäußert, Mitglied im Zweckverband „Neue Harth“ zu werden. Herr Ehme teilte mit, dass eine Erweiterung des Zweckverbandsgebietes mittelfristig durchaus denkbar sei, dies jedoch an gewisse Voraussetzungen wie sinnvolle Neuabgrenzung des Verbandsgebietes als auch an eine finanzielle Beteiligung gebunden sei. Um die Zusammenarbeit mit Markkleeberg kurzfristig zu verbessern wurde festgelegt, dass die Stadt Markkleeberg zu den Verbandsversammlungen eingeladen wird und ihr auch die Protokolle übergeben werden.

Herr Grosser erwähnte, dass er als OBM-Kandidat für die Stadt Markkleeberg befangen sei und deshalb nicht an der Abstimmung zu diesem Beschluss teilnehmen werde. Er wies jedoch darauf hin, dass man weitergehende Festlegungen in dieser Vereinbarung hätte treffen können. Herr Ehme betonte, dass es zunächst Ziel sein muss, eine Lösung zu finden, welche eine Weiterarbeit des Zweckverbandes ermöglicht. Weitergehende Überlegungen müssen nicht in die vorliegende Vereinbarung einfließen, sondern können mittelfristig auch auf anderem Wege verwirklicht werden.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage VI / 002 / 2001: 6/0/0

4. Geschäftsordnung (Beschlussvorlage: IV/003/2001)

Herr Bez informierte darüber, dass sich bei der Geschäftsordnung für den Zweckverband im Vergleich zur Fassung, welche den Verbandsräten zugeschickt wurde, nach Prüfung durch das Rechtsamt der Stadt Leipzig einige Änderungen ergeben haben (Möglichkeit für nicht-öffentliche Sitzungen, Vorgehensweisen in Eilfällen u.a.). Die Änderungen wurden als Tischvorlage verteilt.

Herr Clemen wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Zweckverband noch über eine Entschädigungssatzung beschließen müsse. Ohne eine solche Satzung sei die Einstellung der Posten für die Entschädigung in den Haushalt nicht möglich. Herr Dr. Lütke Daldrup wies darauf hin, dass man hier auf die Erfahrungen anderer Verbände zurückgreifen kann.

Die überarbeitete Geschäftsordnung liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage VI / 003 / 2001: 6/0/0

5. Sonstiges

Herr Ehme berichtete über die Befahrung des Tagebaus Zwenkau am 26.02.01 mit Vertretern der LMBV und der Regionalen Planungsstelle. Wichtige Erkenntnis war, dass die geschütteten Kippenrippen im Nordwestbereich des Tagebaus für das Anlegen von Inseln mit Flachwasser- und Schilfzonen genutzt werden könnten und dadurch der im Landsöckel enge Landschaftsverbund durch „ökologische Trittsteine“ ergänzt werden könne. Insgesamt haben die Diskussionen vor Ort deutlich gezeigt, dass es dringend notwendig ist, den Braunkohlenplan Zwenkau fortzuschreiben, um den notwendigen Gestaltungsspielraum für die Planung der Freizeit- und Naherholungslandschaft zu erreichen.

Des Weiteren berichtete Herr Ehme über den aktuellen Sachstand zur Planung der A 38. Das Autobahnamt beabsichtigt, bis zum September 2001 den Planfeststellungsbeschluss zu fassen und bereits in diesem Jahr mit dem Brückenbau im Bereich Weiße Elster und Gaschwitz zu beginnen. Bereits mit der Autobahn soll der Anschlussknoten realisiert werden. Ging man früher davon aus, dass nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens der Planfeststellungsbeschluss im Bereich der Anschlussstelle durch ein Änderungsverfahren nochmals geändert werden soll, so vertritt das Autobahnamt nun die Auffassung, dass ein B-Planverfahren das schnellere Verfahren wäre.

Herr Bez berichtete über die Ergebnisse der Bürgerforen am 19./20.12.2000 und der frühzeitigen Bürgerbeteiligung. Bei den Foren waren zahlreiche interessierte Bürger vor

Ort, die zum Vorhaben durchaus kritische Fragen gestellt haben. Proteste, wie sie noch beim Raumordnungsverfahren geäußert wurden, gab es jedoch nicht. Im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung sind lediglich 5 Stellungnahmen zu den beiden Plänen eingegangen. Dies kann vor allem darauf zurückgeführt werden, dass man seitens des Zweckverbandes ausführlich auf die Kritik eingegangen ist und auf die Protestschreiben im Rahmen des ROV geantwortet hat, um offene Fragen zu klären bzw. Sachverhalte sachlich richtig darzustellen.

Herr Clemen fragte Herrn Vohle, Event Park, ob er den insgesamt positiven Eindruck des Zweckverbandes über den Fortgang der Planung bestätigen könne. Herr Vohle bestätigte die gute Zusammenarbeit mit dem Zweckverband.

Protokoll angefertigt

Protokoll bestätigt

Braun
stellv. Geschäftsführer

Ehme
Verbandsvorsitzender

Dr. Lütke Daldrup
stell. Verbandsvorsitzender

Datum:

Datum:

Datum:

Anlage: Geschäftsordnung

Verteiler:

Regionale Planungsstelle, Herr Dr. Berkner

RP Leipzig, Herr Homeier

LMBV, Herr Tiens

GFA, Fr. Dietrich

AfU, Herr Heinz

Stadt Markkleeberg, Herr Oberbürgermeister Dr. Klose